

Breite Tarifbewegung in vielen Branchen: hohe Forderungen – Erhalt von Tarifverträgen - Arbeitszeit

In den letzten Monaten gab es in vielen Branchen Tarifverhandlungen. Im Mittelpunkt der Medien stand Ende letzten Jahres der Lokführer-Streik, der durch seine hohe Lohnforderung und seine Hartnäckigkeit ganz erhebliche politische Auswirkungen auf andere Tarifbereiche hatte.



In Folge wurden für die Tarifrunde Öffentlicher Dienst ein Lohnforderung von 8 %, mindestens 200 Euro beschlossen. Im Tarifkonflikt für die rund 85000 Beschäftigten der Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen, Bremen und Niedersachsen war die Tarifforderung ebenfalls 8 %. Nach heftigen Warnstreiks von 43.000 Beschäftigten wurde dort ein Abschluss von 5,2 % erreicht. Im Kfz-Handwerk Baden-Württemberg wurden nicht nur die Tarifverträge gekündigt sondern auch der Verband aufgelöst. Es hat sich eine neue Tarifgemeinschaft gebildet, die nicht mehr die Innungsbereiche abdeckt. Dort kämpften die KollegInnen erfolgreich für die Wiederinkraftsetzung ihrer Tarifverträge und für mehr Lohn. Die BCE hat eine stufenweise Lohnerhöhung von 7,7 Prozent bei einer Laufzeit von 25 Monaten vereinbart und einen Tarifvertrag „Lebensarbeitszeit und Demographie“ abgeschlossen, der die Möglichkeiten verbessern soll, „Arbeit alterns- und altersgerecht zu organisieren“. Im Frühjahr wird die IG Metall in Verhandlungen über einen neuen Altersteilzeit-Tarifvertrag gehen. Von daher wird der Abschluss in der Chemieindustrie eine Rolle spielen.

Etliche Tarifeinverständnisse sind weiterhin offen. So streiken und kämpfen die KollegInnen im Einzelhandel seit einem dreiviertel Jahr beispiellos gegen die Verschlechterung ihrer Tarifverträge, gegen die Streichung ihrer Zuschläge, für 5,5 % mehr Lohn und ein Mindesteinkommen von 1500 Euro (2,6 Millionen Einzelhandels-Beschäftigte). Auch die Streiks bei den Berliner Verkehrsbetrieben für mehr Lohn gehen weiter.

Weiterhin befinden sich auch die Beschäftigten bei der Post, im Telekommunikationsbereich und in der Papierverarbeitung in Tarifeinverständnissen. Viele Millionen Beschäftigte standen und stehen damit zur gleichen Zeit in tariflichen Auseinandersetzungen. Gemeinsame Aktionen gab es aber nur in Ansätzen. Von den DGB-Gewerkschaften gab es offensichtlich keine Strategie für gemeinsame Tarifkämpfe. Damit wurde eine Chance, die vielen Kräfte zu bündeln und an Stärke zu gewinnen, nicht wahrgenommen.

Positiv ist, dass KollegInnen hartnäckige Auseinandersetzungen führten und führen, die in den vergangenen Jahrzehnten nicht streikfähig waren und dass in Branchen mit NiedriglöhnerInnen heftige Kämpfe geführt werden. Mindestlohnforderungen, Mindestlohnsteigerungen, Sockelbeträge zur Absicherung des Niedriglohnbereichs werden zahlreich erhoben und z. T. durchgesetzt. Angesichts von über 7 Millionen Beschäftigten im Niedriglohnbereich ist dies ein wichtiger Schritt, vor allem auch, um in diesen Bereichen eine kollektive Vertretung zu erreichen.

Die abhängig Beschäftigten spüren, dass vom Aufschwung bei ihnen absolut nichts angekommen ist. Dies ist eine neue Erfahrung. Sie macht deutlicher als in den vergangenen Jahren, dass das kapitalistische System zunehmende Ausbeutung und Verarmung bedeutet. Deshalb sind die Kämpfe geprägt von Ausdauer und deutlich kraftvoller, massenhafter Teilnahme und sie bekommen ihre eigene Dynamik.

Einladung zur Konferenz zu den Tarifeinverständnissen

Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken
**Bedeutung des GdL-Kampfes für die
Gewerkschaftsbewegung und Auswirkungen
auf die Tarifbewegungen 2008**

Samstag, 10. Mai 2008 von 11.00 bis 17.00 Uhr
Uni Dortmund, Campus Nord, Emil-Figge-Str. 50
Raum wird vor Ort bekannt gegeben

Die Bedeutung des Streiks der GdL geht weit über die Branche hinaus und hat die öffentliche Meinung zu Gewerkschaften sehr grundlegend beeinflusst. Trotz der phasenweise erheblichen Einschränkungen des Nah- und Fernverkehrs fand das Anliegen der Gewerkschaft stets die Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung. Darüber hinaus wollen wir aber auch einen Blick auf die Tarifrunden im Öffentlichen Dienst, im Einzelhandel und bei Stahl, Kfz-Handwerk und in der Metallindustrie werfen.

Weitere Infos unter: www.labournet.de/GewLinke/

Abschluss im Öffentlichen Dienst: Licht und Schatten

Der große Streik im öffentlichen Dienst ist ausgeblieben. Ein Abschluss wurde erreicht. Bundesweit haben sich an der Mitgliederbefragung 189.000 Mitglieder beteiligt, davon haben 145.000 Mitglieder mit Ja gestimmt. Dies sind 76,7%.

Nach dem relativ hohen Verhandlungsangebot wäre es schwierig gewesen, eine Mehrheit für Streik zu gewinnen. Ohne die massiven Warnstreiks, ohne die glaubwürdige Drohung mit einem großen Streik und die große Bereitschaft der KollegInnen, diesen zu führen, wäre dieses Ergebnis nicht erreicht worden. Die Stimmung in den Betrieben und Dienststellen ist allerdings sehr differenziert, da die Ergebnisse für die verschiedenen Bezirke und Beschäftigtengruppen sehr unterschiedlich sind.



Aktionstag am 6. März 2008 in Stuttgart

Die Erhöhung der Einkommen war dringend notwendig und stößt auf breite Akzeptanz bei den Beschäftigten und in der Öffentlichkeit. Vereinbart wurde eine stufenweise Lohnerhöhung von insgesamt 7,9 % in zwei Jahren, sowie ein Festbetrag von 50 Euro. Besonders der Festbetrag wurde sehr positiv aufgenommen. Er kommt vor allem den GeringverdienerInnen zugute. Dies ist eine Trendwende weg von der Ideologie, niedrige Einkommen noch billiger zu machen, um Ausgliederungen zu verhindern.

Aber ein „Ende der Bescheidenheit“, wie es verdi-Chef Bsirske im Vorfeld der Auseinandersetzung verkündet hat, beinhaltet der Abschluss nicht. Der Nachholbedarf nach 3 Nullrunden und durch die Absenkungen durch den TVÖD ist groß. Die Höhe des Abschlusses wird gerade mal die Inflationsrate ausgleichen, mehr nicht. Die äußerst günstigen Rahmenbedingungen (Überschuss in den öffentlichen Haushalten von 10,9 Mrd. Euro) wurden nur teilweise ausgeschöpft.

Positiv gewertet wird auch die Abarbeitung einer Reihe so genannter Restanten aus den Umsetzungserfahrungen des TVöD und die Verlängerung von Überleitungsregelungen (allerdings nur für die Altbeschäftigten). Die Laufzeit wird zum Teil als problematisch gesehen, denn die steigenden Inflationsraten minimieren den optisch guten Abschluss auf ein kleines Reallohnplus und ein Zusammenführen mit der Tarifrunde der Länder wird zukünftig verhindert.

Ausgesprochen kritisch wird insbesondere in den betroffenen 4 Bundesländern und den betroffenen Beschäftigtengruppen die Verlängerung der Arbeitszeit gesehen, weil sie direkt zu einem weiteren Abbau von Arbeitsplätzen führen wird. Auch die Übernahme der Auszubildenden und die Umwandlung von befristeten Arbeitsverträgen in dauerhafte werden damit schwieriger. Die Strategie „Zeit gegen Geld“ ist eine defensive Tarifpolitik, was sich insbesondere auf die aktuelle Tarifaueinandersetzung im Einzelhandel oder bei der Post negativ auswirken wird. Die Forderung der Einzelhandelsarbeitgeber auf Streichung der Zeitzuschläge für Spätöffnungs- und Nacharbeit kommt im Ergebnis einer Arbeitszeitverlängerung gleich. Mit dem Festhalten an der Formel: „Zeit gegen Geld“ werden die Voraussetzungen und Bedingungen für eine breite gesellschaftliche und tarifpolitische Auseinandersetzung für eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung zusätzlich beeinträchtigt.

Besonders belastete Bereiche (allerdings auch nicht alle) wie die Krankenpflege sollen von der Arbeitszeitverlängerung ausgenommen werden. Dies ist zwar positiv, bedeutet andererseits jedoch, dass der Flächentarifvertrag in Punkto Arbeitszeit noch mehr zum Flickenteppich wird. Die Folge: eine gemeinsame Mobilisierung der Belegschaften, die unter völlig unterschiedlichen Bedingungen arbeiten, wird erschwert. Auch wurde dieses "Privileg" durch die Streichung der Leistungskomponente von einem Prozent und die Kürzung der Krankenhauspauschale um 10 Euro monatlich teuer bezahlt. Zudem geht den Klinikbeschäftigten durch die spätere Gehaltsanhebung (einmalig) ein Betrag von mehreren 100 Euro verloren.

Problematisch ist die Kopplung an die Finanzierbarkeit des Abschlusses und die Spartendifferenzierung mit ihren sehr unterschiedlichen Auswirkungen. Die Argumentation für höhere Einkommen sollte sich schließlich nicht aus den ökonomischen Möglichkeiten der öffentlichen Betriebe und Einrichtungen ableiten, sondern aus den Bedürfnissen der Menschen.

Es ist nicht gelungen die Auseinandersetzungen der großen Tarifrunden im öffentlichen Dienst, dem Einzelhandel und bei der Post zusammenzuführen.

Notwendig ist

- eine breit angelegte gesellschaftliche Diskussion über die Notwendigkeit von Arbeitszeitverkürzungen
- eine Zusammenführung der Laufzeiten großer Tarifbereiche
- die Notwendigkeit einer stärkeren Politisierung zukünftiger Auseinandersetzungen.

Impressum:

Sekretariat:

Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken
Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Michael Köster
Max-Planck-Straße 64 a, 63500 Seligenstadt

Tel: 06182/782306

E-Mail: HKroha@t-online.de

Redaktionsschluss: 20. April 2008

Rentenerhöhung, Bankenkrise und wir

1,1 % Rentenerhöhung – nach 3 Jahren eine lächerliche Geste der Regierung, aber die Medien machen mobil. „Die Alten beuten die Jungen aus, die Rentner leben auf Kosten der Arbeiter“. Die Beweise sind erdrückend: Ein beliebiger Teenager fragt sich, ob diese 1,1% was bringen, dann darf ein Jungparlamentarier der Bauart Westerwelle die Welt erklären und man wünscht sich, dass er ganz schnell eine anständige Arbeit bekommt, damit er weiß, wie sich Arbeit anfühlt. Letztlich wird aber auch in dieser großartigen „Berichterstattung“ deutlich, dass es die Arbeitgeberverbände sind, die um die Nebenkosten im Promille-Bereich fürchten und darum, dass der Generalangriff auf die Arbeiterklasse eine winzige Verzögerung erleiden könnte.

Die gleichen Kapitalvertreter, die hier großmäulig die „Fortsetzung des Reformweges“ einfordern und nach mehr „Eigenverantwortung“ bei der Abdeckung von Lebensrisiken wie Alter oder Krankheit rufen, finden nichts dabei, dass zur Absicherung ihrer Unternehmens- und Spekulationsrisiken geschwind 24 Milliarden Steuergelder verbraten werden.

Die Gier dieser Herren und des Kapitals, das sie vertreten, ist nichts Neues. Als Gewerkschafter dürfen wir nicht dabei stehen bleiben, auf diese zu zeigen und nach mehr „Gerechtigkeit“ zu rufen. Das tun schon Sommer, Beck und Lafontaine - ohne die Absicht, an den Verhältnissen etwas ändern zu wollen.

Mit dieser Finanzkrise, die noch lange nicht zu Ende ist und die noch heftig auf die Industrie zurückschlagen wird, wird die Krankheit des Kapitalismus offensichtlich. Diese Krise kommt aus dem Herzen des Finanzkapitals, wo keinerlei staatliche oder gewerkschaftliche Regulation das „natürliche Funktionieren des Marktes“ behindert. Es

ist dieses natürliche Funktionieren selbst, das die Seuche bringt. Diese Krise wird sich anreichern mit dem ganzen Konfliktpotential, das sich in den letzten Jahren aufgebaut hat, aber noch kontrollierbar und unschädlich gehalten wurde: Überschuldung, z.B. der US-Privat-haushalte, Überausbeutung in China, US-Außenhandelsdefizit, Spekulationsblasen. Die Krise kann politische Krisen auslösen, für die Haiti nur kleiner Vorgeschmack war, und sie kann sich mit politischen Krisen, wie der drohenden Niederlage des US-Imperialismus im Irak, verstärken.

Das ist kein Spaß. Angesichts des größten aufgehäuften Reichtums der Menschheit drohen Millionen Hungertote, was sogar die Spezialisten für Unmenschlichkeit bei Weltbank und IWF registrieren.

Als Gewerkschafter können wir diese politischen Erklärungen mit praktischem Handeln verbinden:

- In der Rentendebatte liefert die Finanzkrise neue Argumente, z.B. an der Kante der privaten Vorsorge.
- In den Tarifrunden muss die Inflation zum Thema werden, die den letztjährigen Abschluss nachträglich stark entwertet hat.

Es wäre grundverkehrt, angesichts der anstehenden Tarifrunden von der Krise zu schweigen, das hohe Lied vom Aufschwung zu singen und um einen gerechten Anteil zu bitten. Diese traditionelle Logik heißt ja im Umkehrschluss, dass wir für die Verluste in der nächsten Rezession auch mitbezahlen wollen.

Die Losung muss heißen, dass wir für ihre Krise **nicht** bezahlen. Das ist ihr System, nicht unseres!

Matthias Fritz, Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften

Altersarmut ist programmiert

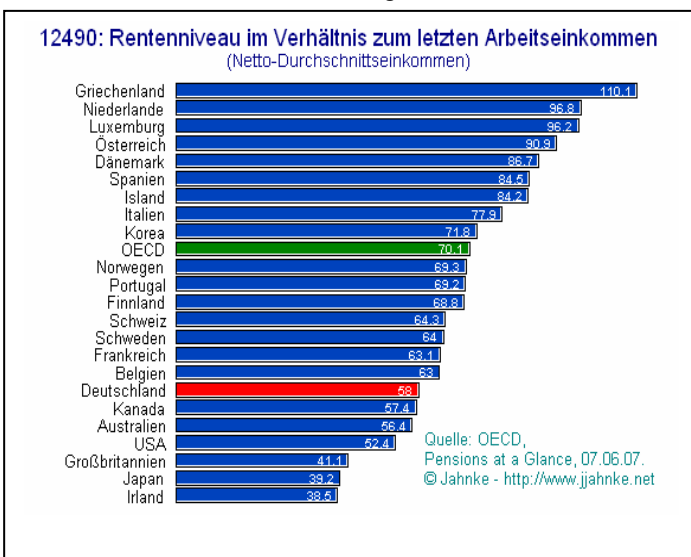
In einer Nacht- und Nebelaktion beschloss die Regierung eine Rentenerhöhung. Statt 0,46 % sind nun 1,1 % mehr für die Rentner beplant. Aber – die „Großzügigkeit“ soll sich in Grenzen halten: Der Zuschlag soll ab 2012 wieder abgezogen werden. Dieses mickrige Trostpflaster gleicht nicht einmal die Preissteigerungsrate im ersten Halbjahr 2008 aus. Und es ist auch kein Beitrag zur Lösung der strukturellen Probleme, vor denen die Altersvorsorge steht.

Bereits in 15 Jahren werden bis zu 20 Prozent aller Neu-Rentner auf staatliche Zuwendungen angewiesen sein, um ihr restliches Leben wenigstens auf dem erbärmlichen Hartz IV-Niveau fristen zu können. Dass eine der reichsten Volkswirtschaften der Welt sehenden Auges auf eine soziale Katastrophe zusteuert und nichts unternimmt, um diese zu verhindern, wird mittlerweile selbst von der OECD gebrandmarkt.

Ursachen dieser Entwicklung sind u. a. die Rentenformel, in die 2001 unter Arbeitsminister Walter Riester Kürzungsvariable einbezogen wurden. Dafür sind die Renten im Gleichschritt mit den Löhnen erhöht worden. Andere Ursachen sind die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, Lohndumping und die Ausweitung der prekären Beschäftigungsverhältnisse.

Die Lebenslage der Rentner hängt auf Gedeih und Verderb am Erfolg gewerkschaftlicher Kämpfe um den geschaffenen Reichtum. Die Beschäftigten sind die

Rentner von morgen. Am Besten vertreten beide ihre Interessen, wenn sie für gemeinsame Ziele streiten: für ordentliche Löhne, die hoffentlich mehr sichern als das blanke Überleben, und für gute Renten, die einen Lebensabend ohne Armut ermöglichen.



Mittlerweile liegt Deutschland am unteren Ende beim Rentenniveau im Verhältnis zum letzten Netto-Arbeits-einkommen (58 %). Durchschnitt OECD liegt bei 70,1 %.

Angelo Lucifero bleibt verdi-Sekretär

Die Absicht des ver.di Landesvorstandes Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, ihren Sekretär Angelo Lucifero fristlos zu kündigen, ist vom Tisch. Vorstand und Angelo haben sich geeinigt: Er wird für 1 Jahr freigestellt, danach wird er bei einer Koordinationsstelle gewerkschaftlicher Arbeitsloseninitiativen arbeiten, um vom 1.2.2010 an wieder als politischer Sekretär zu arbeiten, aber nicht mehr im früheren Bezirk. Angelo hat dieses Angebot angenommen, weil er unbedingt weiter als Gewerkschaftssekretär arbeiten will und befürchtete, bei einem Prozess vor dem Arbeitsgericht abgefunden zu werden und damit draußen bei ver.di zu sein.

Er ist seit 1981 Gewerkschaftssekretär, früher in Gießen, seit 1991 in Erfurt. Mit 13 Jahren ist er in die Gewerkschaft eingetreten. Er ist der Auffassung, dass Gewerkschaftsarbeit gleichzeitig antifaschistisch zu sein hat, weshalb es nicht verwundert, dass Nazis zigmal gegen ihn vorgegangen sind, seit drei Jahren auch mit körperlichen Angriffen. Er besorgte sich deshalb eine Schreckschusspistole und bei einer antifaschistischen Kundgebung im März 2007 in Erfurt benutzte er sie gegen ihn angreifende Nazis.

Im Strafverfahren bekam er keine Unterstützung vom ver.di-Bundesvorstand und erst recht nicht von seinem Landesvorstand mit dessen Leiter, Thomas Voss. Im

Gegenteil, Voss fiel Angelo kurz vor dem Prozess in den Rücken, indem er öffentlich erklärte, dass ihm fristlos gekündigt werden solle, weil er „Gewerkschaftsmittel privatisiert habe“, nämlich für antifaschistische Aktivitäten. Außerdem behauptete er, Angelo habe den „bewaffneten Kampf propagiert“. Voss verstärkt damit die Stimmung, die in einigen lokalen Medien gegen Angelo gemacht wird. So schrieb die Ostthüringer Zeitung am 17.1.08: „Die Polizei kennt den Pistolero von zahllosen Aufeinandertreffen linker und rechter Demonstranten in ganz Thüringen“. Die Bild-Zeitung hetzte schon 1993: „Der rote HBV-Anheizer“. Die Fortsetzung des Strafverfahrens steht noch aus.

Thomas Voss ist immer noch Landesvorsitzender.

Dass Angelo Lucifero diesen Kampf über all die Jahre durchgehalten hat, verdankt er auch der breiten Solidarität von Antifa-Gruppen, der Gewerkschafter gegen Rechts und unzähligen Solidaritätsbekundungen und Resolutionen und auch der Unterstützung seiner KollegInnen. Der Betriebsrat lehnte seine fristlose Kündigung ab.

Dieter Wegner. Jour Fixe Gewerkschaftslinker Hamburg

Strike Bike: Eine Belegschaft wird rebellisch Aufruf zur Unterstützung des Produktionsstarts



Voller Wut im Bauch besetzte die Belegschaft der Fahrradfabrik *Bike Systems* in Nordhausen am 10. Juli 07 ihren Betrieb. Mit dem Beschluss des neuen Eigentümers, das Werk an diesem Tag komplett zu schließen, hatten sich die 135 Frauen und Männer in Thüringen zunächst schon fast abgefunden. Als ihnen die Geschäftsführung an diesem Tag aber auch noch mitteilte, dass Lone Star nicht mal mehr die Abfindungen und die ausstehenden Löhne bezahlen wollte, war das Maß voll.

Die vorher nicht als kämpferisch aufgefallenen ArbeiterInnen errichteten auf dem Gelände ein großes Zelt, stellten Feuerkörbe auf, hielten am Werkstor Wache und verließen erstmal den Hof nicht mehr. Was folgte, war eine 115 Tage andauernde Betriebsversammlung. Die Belegschaft knüpfte Kontakte, veranstaltete Demos und Feste, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen. In dieser Zeit schwappte den Unermüdlchen aus Thüringen eine riesige Welle der Solidarität entgegen. Sogar aus dem Ausland trafen Grußbotschaften ein und vor Ort war es den Menschen sympathisch, dass die Kolleginnen und Kollegen ihre Abwicklung nicht einfach tatenlos hinnahmen. Als Höhepunkt organisierten die Streikenden noch einmal eine Fahrrad-Produktion. Die 1.800 roten "Strike Bikes" stellten sie in Eigenregie in ihrem Betrieb her. Sie wollten zeigen, dass sie noch zu etwas nützlich sind - auch wenn Lone Star das anders sah. Sie machten deutlich, welche unsinnige Verschwendung von Wissen und materiellen Ressourcen ihr Arbeitsplatzabbau darstellt und bewiesen ganz nebenbei, dass sie gar keinen Chef brauchen, um ihr Produkt herzustellen.

Im Zentrum der Dokumentation "Strike Bike - Eine Belegschaft wird rebellisch" stehen die Arbeiterinnen und

Arbeiter von Bike Systems. Sie kommen selbst zu Wort und erzählen ihre Geschichte. Sie berichten über die Schwierigkeit, eine Betriebsbesetzung zu organisieren, und wie die Idee geboren wurde, ein Fahrrad zu produzieren. Ebenso geben sie Auskunft darüber, warum zunächst einmal nach nur einer Woche wieder Schluss war. Was am Ende bleibt, ist die außergewöhnliche Erfahrung, die die KollegInnen gemeinsam gesammelt haben - und ein rotes Fahrrad, das beweist, dass eine Selbstverwaltung der Produktion funktionieren kann.



DVD Strike Bike - Eine Belegschaft wird rebellisch Dokumentation

Spielzeit 45 Minuten
Sprache: deutsch
Erschienen bei
„Neuer ISP-Verlag“
Preis: 12,80 Euro
Bestellung unter:
www.neuerispverlag.de

Eine neue GmbH wurde jetzt von 21 ehemaligen Beschäftigten gegründet. Bis Jahresende sollen ca. 20.000 Fahrräder produziert werden. Der symbolische Produktionsstart erfolgt zum 1. Mai. Bis Ende Mai sollen dann 2.000 Fahrräder der Marke „Black Edition“ produziert und vertrieben werden.

Weitere Infos unter: www.strike-bike.de
<http://www.laboumet.de/branchen/sonstige/fahrzeug/bikesystems.html>